

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD**Entwicklung der Minijobs in Bremen und Bremerhaven**

2003 hat die Bundesregierung Minijobs eingeführt, um unter anderem gegen Schwarzarbeit vorzugehen und Menschen dadurch ein Mindestmaß an Schutz während der Arbeit zu sichern sowie die Möglichkeit zu schaffen, dass Menschen zum Beispiel während ihrer Rente einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen können. In einigen Branchen wie der Reinigungsbranche, der Gastronomie und der Hotellerie haben sich Minijobs verfestigt. Nichtsdestotrotz dürfen diese für Arbeitssuchende und Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber nicht die erste Wahl sein und eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht ersetzen.

Ein auskömmlicheres Einkommen, mehr Arbeitnehmerinnenrechte/Arbeitnehmerrechte, eine bessere Absicherung vor gesundheitlichen und sozialen Risiken: Die langfristigen Vorteile einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gegenüber einer geringfügigen Beschäftigung sind allgegenwärtig. Aus diesen Gründen würden viele Menschen eine sozialversicherungspflichtige einer geringfügigen Beschäftigung vorziehen.

In Bremen und Bremerhaven gab es im September 2019 70 307 Minijobberinnen/Minijobber. Davon hatten 42 914 Beschäftigte ausschließlich einen Minijob, 27 393 Beschäftigte übten ihn als Nebenjob aus. Mit 17 Prozent lag der Anteil der Minijobberinnen/Minijobber an allen Beschäftigungsverhältnissen im Land Bremen damit unter dem Bundesdurchschnitt. Laut einer Branchenanalyse wurden Minijobberinnen/Minijobber im Land Bremen dabei vor allem im Gastgewerbe, der Gebäudebetreuung und im Einzelhandel eingesetzt. In der Gastronomie machten geringfügige Beschäftigte einen mehrheitlichen Anteil von 56 Prozent aus.

Die derzeitige COVID-19-Pandemie belastet insofern Minijobberinnen/Minijobber zweifach. Einerseits entfielen in den vergangenen Monaten viele Tätigkeitsfelder, andererseits gab es keine Absicherung für die Beschäftigten. Da Minijobberinnen/Minijobber keinen Anspruch auf das Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld haben, wurden viele Menschen aufgrund der Einschränkungen des öffentlichen Lebens und des Wirtschaftseinbruchs direkt in die Arbeitslosigkeit entlassen. Dies betrifft auch Studierende, die sich über entsprechende Nebenjobs bislang ihr Studium finanziert haben.

Viele Frauen haben mit einem Minijob zum Familieneinkommen beigetragen und wurden in der COVID-19-Pandemie nicht bezahlt oder entlassen, was innerhalb von Familien zum Teil zu schwierigen finanziellen Lagen geführt hat.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, zu prüfen, wie diejenigen Menschen im Erwerbsleben, die aufgrund fehlender anderer Perspektiven oder finanzieller Notwendigkeiten über einen langen Zeitraum Minijobs ausüben, langfristig in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt werden können. Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit Midijobs als Einstieg in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geeignet sind.

Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, wie viele Menschen im Land Bremen derzeit einen Minijob ausüben? (Bitte aufgeschlüsselt nach Bremen und Bremerhaven und Geschlecht)
2. Wie viele Minijobberinnen/Minijobber gibt es im öffentlichen Dienst im Land Bremen? (Bitte aufgeschlüsselt nach Land, Kommunen und Geschlecht)
3. Wie hat sich die Zahl der Minijobberinnen/Minijobber in Bremen und Bremerhaven in den vergangenen Jahren entwickelt?
4. In welchen Branchen werden Minijobberinnen/Minijobber im Land Bremen vorrangig eingestellt? (Bitte aufgeschlüsselt nach allen Branchen und Bremen und Bremerhaven und Geschlecht)
5. Wie hat sich die Zahl der Minijobberinnen/Minijobber in den vergangenen Monaten verändert?
6. Ist dem Senat bekannt, wie viele durch die COVID-19-Pandemie bislang ihre Anstellung verloren haben?
7. Wie viele Midijobberinnen/Midijobber gibt es im Land Bremen und wie hat sich die Zahl in den vergangenen Jahren und Monaten entwickelt? (Bitte aufgeschlüsselt nach Bremen und Bremerhaven und Geschlecht)
8. Welche Maßnahmen erachtet der Senat als sinnvoll, um die Zahl der Minijobberinnen/Minijobber zugunsten einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu reduzieren, und wo sieht er konkrete Handlungsmöglichkeiten auf Bundes- und Landesebene?
9. Befindet sich der Senat mit anderen Bundesländern oder dem Bund im Gespräch über Maßnahmen zur Stärkung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung?

Jasmina Heritani, Dr. Carsten Sieling, Mustafa Güngör
und Fraktion der SPD